

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quitt.
Schriftleitung und Verbands-Druck: Stuttgart, Böfelerstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900.

Anzeigengebühr für die sechsgepaaltene Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Arbeitsbedingungen der Schmiede im Deutschen Reich

Unter dieser Aufschrift hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband ein Buch von einem Umfange herausgegeben, der auf dem gewerkschaftlichen Büchermarkt ungewöhnlich ist, obwohl die Veröffentlichungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren zum Teil immer dicklicher geworden sind. Seine Entstehung verdankt das Buch dem Uebertritt des früheren Schmiedeverbandes zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Sein Erscheinen war durch den Absatz 8 der Uebertrittsbedingungen gewährleistet, welcher besagt:

„Nach erfolgtem Uebertritt des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband wird vom Vorstand des letzteren eine allgemeine Statistik für diesen Beruf vorbereitet und, soweit es die Geschäftslage gestattet, durchgeführt. Das gewonnene Material wird zu einer Broschüre verarbeitet und diese an die Mitglieder zum Selbstkostenpreis abgegeben.“

Dieser Satz in den Uebertrittsbedingungen beweist zur Genüge, welcher Wert sowohl vom Vorstand des früheren Schmiedeverbandes als auch vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einer, alle Gruppen des so weit verzweigten Schmiedebereiches umfassenden statistischen Erhebung beigegeben wurde. Eine solche Erhebung konnte aber nur nach dem Uebertritt des Schmiedeverbandes erfolgreich durchgeführt werden. In der Einleitung des Buches wird darüber gesagt:

„Die Notwendigkeit statistischer Erhebungen im Schmiedebereich war in den beteiligten Kreisen längst erkannt worden. Ohne eine geschlossene Organisationsform konnte aber an eine Erhebung, die alle Berufsgruppen der Schmiederei und einen möglichst großen Personenkreis umfaßt, nicht gedacht werden. Nur das Zusammenarbeiten der beiden Verbände, Schmiedeverband und Metallarbeiter-Verband, mit der größeren Anzahl von organisierten Berufsgenossen bot die Gewähr, daß eine Erhebung praktisch durchzuführen ist. Bei den Abmachungen, die anlässlich des Uebertritts des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiter-Verband getroffen wurden, spielte dieser Punkt eine bemerkenswerte Rolle.“

„Die statistische Erhebung war die erste ihrer Art, weil die im Jahre 1905 veranstaltete Erhebung vom Zentralverband der Schmiede allein vorgenommen wurde und sich deshalb auf einen engeren Kreis beschränkte.“

Vorauszusetzen war, daß sich der Durchführung der Erhebungen auch nach dem Uebertritt große Schwierigkeiten entgegenstellen würden. Allerdings waren diese größer, als von vornherein angenommen wurde. Ein großer Teil, namentlich der vom Lande stammenden Kollegen ist infolge mangelhafter Schulbildung außerstande, die gestellten Fragen zu verstehen und zu beantworten. Sie stehen der Sache meist verständnislos, wenn nicht überhaupt feindselig gegenüber. So wurde von einer Verwaltung berichtet:

„Es ist nicht so leicht, in unserm ländlichen Bezirk eine Statistik aufzunehmen. Meist arbeiten die Meister mit Lehrlingen und ihre Hauptarbeit ist Landwirtschaft. Wenn man in solchen Betrieben nach etwas fragt, muß man gewärtig sein, daß man das erste beste Stück Eisen ins Kreuz geschlagen kriegt.“

Ganz besonders treten diese Schwierigkeiten in den Landkreisen hervor, wo jede Organisation fehlt und die agitatorische Bearbeitung der Kollegen durch die Verwaltungsstellen mit den größten Opfern an Zeit und Geld verbunden ist. Dazu stand dem Eisen, mit dem sich ein Teil der mit den Erhebungen betrauten Kollegen an ihre Aufgabe heranmachen, eine beispiellose Gleichgültigkeit eines andern Teils dieser Kollegen gegenüber. Vielfach war es unmöglich, die ausgegebenen Fragebogen, selbst von organisierten Kollegen, wieder zurück zu erhalten. Obgleich es sich bei einer solchen Erhebung von selbst verstehen sollte, daß gerade die Kleinbetriebe mit erzählt werden sollen, wurde in einigen Fällen ganz ernsthaft berichtet, daß nur Kleinbetriebe in Frage kämen und es sich deshalb nicht lohne, die Arbeit zu machen.

Aus diesen und vielerlei sonstigen Hindernissen erklärt es sich, daß, obgleich alsbald nach Uebertritt des Schmiedeverbandes mit den notwendigen Vorarbeiten für die geplanten Erhebungen begonnen und bereits Anfang Mai 1913 die Fragebogen verandt werden konnten, erst am Ende des Jahres die Entgegennahme der ausgefüllten Fragebogen abgeschlossen und mit der Verarbeitung des eingegangenen Materials begonnen werden konnte. Konnte man nun schon von vornherein nicht damit rechnen, das erhaltene Material in kurzer Zeit zu verarbeiten und für den Druck fertig zu stellen, so ergab die Prüfung der Fragebogen, daß die Verarbeitung nur nach zahllosen Rücksfragen möglich war, wenn die fertige Arbeit nicht an allzugroßer Mühseligkeit leiden sollte. Wegen 4000 solcher Rücksfragen machten sich notwendig.

Trotz aller dieser Umstände wurde die Arbeit nach Möglichkeit gefördert und ging ihrer Vollendung entgegen, als — der Weltkrieg ausbrach. Da warf sich die Frage auf, ob es nun überhaupt noch angebracht sei, die begonnene Arbeit zu vollenden, selbst in dem denkbar günstigsten Falle, daß Deutschland nicht von seinen zahlreichen Feinden einfach über den Haufen gerannt wurde, zum mindesten erschien es angebracht, die Arbeit wenigstens bis zur oberflächlichen Klärung der Lage zurückzustellen. Selbst als sich nach dem ersten Schreden die Erkenntnis Bahn gebrochen hatte, daß die Organisation fortbestehen müsse und fortbestehen werde, war an eine Herausgabe des Werkes in der ersten Zeit des Krieges doch nicht zu denken. Doch konnte auf der letzten Generalversammlung in Berlin auf Antrag bereits erklärt werden, daß die Statistik druckfertig sei und jedenfalls noch vor Beendigung des Krieges erscheinen werde. Diese durch den Krieg verzögerte Herausgabe des Buches wird aber als ein Mangel nicht zu betrachten sein, da während des Krieges sich ja fast die ganze Arbeiterschaft unter ungewöhnlichen Verhältnissen befindet, und erst nach Beendigung des Krieges die Möglichkeit zu Vergleichen vorhanden ist. Aber auch davon abgesehen, bedingt schon die Eigenart der meisten erfassten Berufsgruppen, daß von einer Verzahnung der in dem Buche niedergelegten Angaben nicht die Rede sein kann, weil in diesen Berufsgruppen die Zustände sich so wenig ändern, daß es unmöglich erscheint, daß sie sich seit der Zeit der Umfrage bis zum Erscheinen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

An unsere zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder!

Vielfach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte.

Wir ersuchen alle vom Militär entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Verbandsstelle zu melden.

Nach § 5, Absatz 6, muß die Anmeldung beim Verband innerhalb vier Wochen nach Entlassung, Beurlaubung oder Abkommandierung zu gewerblicher Arbeit erfolgen.

Es wird allen diesen Kollegen dringend geraten, sich an die Ortsverwaltung ihres Aufenthaltsortes oder an den Vorstand um Auskunft zu wenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

des Buches wesentlich verändert haben könnten. So sagt die Einleitung über die Gruppe der Fuß- und Wagenschmiede:

„Die Gruppe der Fuß- und Wagenschmiede ist zweifellos für diese Erhebung die bedeutungsvollste. Handelt es sich doch dabei einmal um eine Erwerbsgruppe im Wirtschaftsleben, die noch fast in alter Ursprünglichkeit besteht und die in die moderne Zeit kaum hineinzupassen scheint. Hier finden wir noch die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Hier finden wir auch ein Gebiet, das für die moderne Arbeiterbewegung am schwersten zu beackern ist und wo die Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen mehr durch die Interessenlosigkeit der Kollegen und durch die noch vielfach geltenden patriarchalischen Zustände erschwert werden, als durch die wirtschaftliche Macht der Gegner.“

Auf den Inhalt des Buches ausführlich einzugehen, verbietet bei seinem Umfang der zur Verfügung stehende Raum. Das Ergebnis der Erhebungen ist neben XX Seiten der Einleitung in 327 Seiten mit erläuternden Tabellen und in 444 Seiten Tabellenwerk niedergelegt. Folgende Abschnittüberschriften geben eine Uebersicht über die Vielseitigkeit des Buches:

„Einleitung. — Aus der Geschichte des Schmiedebereichs. — Der Schmied in Sage und Dichtung. — Das Eisen. — Maschinenanwendung und Schmiedearbeit. — Die Schmiede in den Gewerkschaften. — Die Tarifverträge im Schmiedebereich.“

Entsprechend der Arbeitsstelle der Schmiede wurde folgende Einteilung vorgenommen: Fuß- und Wagenschmiede (Kleinbetriebe). — Wagenbau, Fahrzeugfabriken. — Maschinenfabriken. — Kesselschmiedereien. — Kleineisenindustrie. — Güten- und Walzwerke. — Eisenkonstruktionsbetriebe. — Werftbetriebe und Schiffbau. — Ketten- und Werkzeugschmiedereien. — Senfenschmiedereien. — Gießereien. — In diesen zwölf Gruppen sind wieder die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen, die Arbeitszeit, Ueberstunden und Sonntagsarbeit, Akkordarbeit, Löhne — diese wieder innerhalb der Berufsgruppen für jeden Beruf für sich — Lohnstrafen, Kost- und Unterkunftsverwesen, Kündigung des Arbeitsverhältnisses, die Unfallgefahren, gesundheitliche Einrichtungen usw. teilslich und tabellarisch gesondert behandelt worden. Gesondert behandelt wurde auch die Berufstellung der erfassten Personen, das Lehrlingswesen, Organisationsverhältnis usw., während die Lebenshaltung der einzelnen Berufsgruppen ein besonderer Abschnitt behandelt.

Eine bereite Sprache wird durch Wiedergabe auf den Fragebogen befindlicher Aufzeichnungen über die verschiedenen Verhältnisse geführt, welche oft besser als lange Abhandlungen die Verhältnisse drastisch beleuchten.

Ueber den Zweck des Buches sagt die Einleitung:

„Eins mag an dieser Stelle noch besonders betont werden. All unser Wirken und Streben ist darauf gerichtet, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Diesem Zweck soll auch die vorliegende Schrift dienen. Es sind durch die Erhebungen so unendlich viele Zustände festgestellt worden, daß schon allein das Bekanntwerden der Verhältnisse genügen müßte, jeden Kollegen im Schmiedebereich von der Notwendigkeit besserer Verhältnisse zu überzeugen. Andererseits gestalten die teilweise festgestellten annehmbaren Arbeitsbedingungen die Erkenntnis, daß im wesentlichen der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter die Ursache der besseren Zustände ist. Diese Gedanken sind den dem Deutschen Metallarbeiter-Verband noch fernstehenden Kollegen immer wieder vor Augen zu führen. In Hülle und Fülle bietet unsere Schrift dazu das Material. Möge sie als schneidende Waffe den Schmieden in ihrem gewerkschaftlichen Kampfe gute Dienste leisten.“

Wie jedes derartige Werk in erster Linie berufen ist, diesem Zweck zu dienen, so wird doch das Vorliegende darüber hinaus nicht nur jedem in der Schmiederei beschäftigten Kollegen, sondern auch allen anderen Kollegen ein lehrreicher Lesestoff sein. Der geringe Preis von 1 M für die Mitglieder des Verbandes steht zu dem Herstellungspreis und Wert des Buches in keinem Verhältnis und soll jedem die Anschaffung ermöglichen, der Lust hat, auf diesem Gebiete seine Kenntnisse zu bereichern.

Elsass-Lothringen, Deutschlands Erzlager

Schon mancher Metallarbeiter wird sich, wenn er die schnelle Steigerung der Eisenerzeugung überlegte, nachdenklich gefragt haben, wie lange die gewinnbaren Eisenerzvorräte wohl vorhalten würden, wenn diese Ausbeutung so weitergeht oder gar noch gesteigert wird. Diese Frage ist keineswegs so müßig wie sie Manchen scheinen mag. Innerhalb nur zweier Jahrzehnte, von 1893 bis einschließlich 1913, hat sich die feststellbare Weltroheisenerzeugung von rund 25 auf 80 Millionen Tonnen gehoben. In Deutschland stieg sie in der genannten Zeit von 4,98 auf 19,30, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von 7,31 auf 31,46, in Großbritannien allerdings nur von 7,08 auf 10,64 Millionen Tonnen, um nur die drei Hauptländer anzuführen. Um diese gewaltige Vermehrung zu erzielen, bedurfte es einer Steigerung der Weltisenerzförderung von 60 auf etwa 160 Millionen Tonnen. Dazu wurde, gleichfalls im stark steigenden Maße, sogenanntes Material (Schrott etc.), namentlich in den Siemens-Martinöfen, verschmolzen.

Ist eine Besorgnis wegen zu rascher Erschöpfung der Erzvorräte gerechtfertigt? In absehbarer Zeit nicht, wenn wir bedenken, daß die kundigsten Landesgeologen vor bald 6 Jahren auf dem internationalen Geologenkongreß in Stockholm erklärten, allein in Europa lagerten noch über 12 Milliarden Tonnen „sichere“ Eisenerzvorräte mit einem Eisengehalt von 4,73 Milliarden Tonnen; dazu kämen noch „wahrscheinliche und mögliche“ Vorräte mit einem Eisengehalt von über 12 Milliarden Tonnen. Auf Deutschland entfielen jetzt schon oder später gewinnbare Erzvorräte mit einem Eisengehalt von 1200 bis 1300, auf Frankreich desgleichen 1100 bis 1200, auf Großbritannien 455, auf Schweden und Norwegen 864, auf Spanien 300 bis 400, auf Österreich-Ungarn 103, auf das noch schlecht durchforschte Rußland 387 Millionen Tonnen. Deutschland und Frankreich wären demnach am längsten mit Erzgen versorgt, Großbritannien viel schlechter, Skandinavien ist auch sehr gesegnet mit (sehr reichhaltigen) Eisenerzen, Österreich-Ungarn nur mäßig; Belgien und Italien sind ganz erarmt. Daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika überaus reiche Erzlager (2300 Millionen Tonnen Eisengehalt) besitzen, sei nur nebenbei erwähnt, weil wir dieses Land aus dem Rahmen dieser Betrachtung ausschließen wollen.

Die gegenwärtige und zukünftige Eisenerzversorgung Deutschlands wird aber erst in das rechte Licht gerückt, wenn wir sagen, daß etwa zwei Drittel unserer unter den gegenwärtigen und den absehbaren zukünftigen technisch-wirtschaftlichen Gewinnungsbedingungen verwertbaren Erzvorräte in Elsass-Lothringen lagern! In diesem Lande hat sich in einem an amerikanische Verhältnisse gemahnenben (schnellen) Zeitraume eine große Erzgrube, Eisen- und Stahlwerksindustrie entwickelt. 1872 waren hier erst 20 ErzkonzeSSIONen verleiht, die Förderung betrug nur 0,99, die Roheisenerzeugung nur 0,22 Millionen Tonnen. 1878/79 kam das nach seinen Erfindern Thomas und Gilchrist benannte Entphosphorungsverfahren auf, schon 1882 waren in Elsass-Lothringen 230 ErzkonzeSSIONen verliehen, die Erzförderung betrug nun schon bald 2 Millionen Tonnen, die Eigenverhüttung folgt langsam, weil die Anlage großer Verhüttungswerke mehr Zeit und Geld als die Inbetriebsetzung der noch meistens offenen Gruben erforderte. Es ist hinlänglich bekannt, daß das Thomas-Gilchrist-Verfahren die für das ältere Bessemerverfahren zu reichlich phosphorhaltigen lothringisch-luxemburgischen Eisenerze (Minette) mit einem Schläge zu dem Range eines vorzüglich verwertbaren Erzes erhob. Darauf beruht der für europäische Verhältnisse beispiellose Aufschwung der elsass-lothringischen Gruben-, Eisen- und Stahlwerksindustrie. Die Minetteerzförderung schwang sich von 2,15 Millionen Tonnen im Jahre 1885 auf 21,13 Millionen Tonnen im Jahre 1913 hinauf. Von der 1913 rund 19 Millionen Tonnen betragenden Roheisenerzeugung im deutschen Zollvereinsgebiet (Deutschland und Luxemburg) entfielen 33,3 v. H. auf Lothringen-Luxemburg. Der Ausbruch des Krieges hat die stärkere Inanspruchnahme der neuen und gewaltigen Gütenwerke im Reichslande (zum Beispiel Hagendingen) unterbrochen. Das Schwerkmetall unserer Hoheföfen- und Flußstahlerzeugung begann sich mehr nach der Südwestküste Deutschlands zu verchieben.

Von der Eisenerzförderung im deutschen Zollvereinsgebiet, die 1913 fast 36 Millionen Tonnen betrug, kamen allein 21,1 auf Lothringen und 7,3 auf Luxemburg! Also lieferte uns das Minettegebiet allein 80 v. H. unserer Inlandsförderung an Eisenerzen. Wohl führten wir (1913) 2,61 Millionen Tonnen Eisenerze aus, fast alles nach Belgien und Frankreich, aber von hier erhielten wir 3,8 Millionen Tonnen (hauptsächlich Minette) im Austausch zurück, namentlich auch deshalb, weil die Mischung französischer mit deutscher Minette eine bessere Hochofenbeschickung ergibt. Ferner erhielten wir 4,55 Millionen Tonnen Eisenerze aus Schweden, 3,63 Millionen Tonnen aus Spanien, außerdem geringere Mengen aus Rußland, Algerien, Tunis, Norwegen usw. Diese, vorwiegend sehr reichhaltigen, darum höhere Förderungskosten ertragenden Erze gehen aber in der Hauptsache nur weniger niederrheinisch-westfälischen Großhütten zu, die sich durch langfristige Verträge, zum Beispiel mit Schweden, Vergünstigungen sichern. Von den etwa 34 Millionen Tonnen Eisenerzen, welche 1913 von den deutschen Hochoföfen verarbeitet wurden, stammten 23 1/2 aus dem Reichslande; und da hiervon nur etwa 7 Millionen Tonnen außerhalb Elsass-Lothringens gefördert wurden, ergibt eine einfache Rechnung, daß 1913 schon etwa 70 v. H. des deutschen Eisenerzverbrauches Elsass-Lothringen lieferte.

Das war vor dem Kriege. Jetzt sind uns die Erzzufuhren aus Spanien, Rußland, Afrika, Mexiko ganz abgeschnitten, die aus Skandinavien sind zum erheblichen Teile zurückgegangen. Wir müssen darum noch mehr als früher aus inländischen Erzquellen schöpfen; natürlich, wie aus dem Vorhergesagten erhellt, ist nun das elsass-lothringische Minettegebiet in noch höherem Maße als vor dem Kriege unser Erzlieferant. Das merkt man auch deutlich, wenn man jetzt das weitere Zurückbleiben unserer Erzeugung an Bessemerisenerz hinter dem Thomasisenerz beobachtet.

Wenn diese Verhältnisse bekannt sind, dem ist es schier unbegreiflich, daß es in Deutschland „Politiker“ geben soll, die glauben, der

bauernden Völkerverständigung zu dienen, wenn sie auf das durch den Frankfurter Frieden (1871) geklärtete Verhältnis Elsaß-Lothringens zu Deutschland keinen entscheidenden Wert legen. Nebenbei gesagt, wenn eine Veränderung der Staatsgrenzen von nicht entscheidender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung für die Betroffenen sein sollte, dann könnte es ja auch den Belgiern, Nordfranzosen und Westrußen, Serben usw. gleich sein, ob sie von Berlin, Wien oder von anderswoher regiert werden. Man muß also schon zur Bekämpfung der Annexionspolitiker hüten und drüber erkläre, warnen vor einer Verhängung der „elsaß-lothringischen Frage“ der gedachten Art. Därgst vor dem Kriege gab es sowohl für die sozialistische Partei in Deutschland als auch für die einflussreichsten Vertreter des französischen Sozialismus keine „elsaß-lothringische Frage“ mehr. Und so sei es auch heute noch bei uns, so muß es bleiben. Nur mit den tatsächlichen Verhältnissen unbelastete „Vollwörter“ können den Gedanken hegen, ob eine für die heimische Industrie schädlichere unentbehrliche Rohstoffquelle innerhalb oder außerhalb der Staatsgrenzen liege, das sei wirtschaftlich gleichgültig. Wenn sich, wie im Falle der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, jahrzehntelang die denkbar engsten Beziehungen zwischen dem weitläufigsten inländischen Erzeugungsgebiet und der bis tief in das Innland angesiedelten Verhüttungs- und der weiterverarbeitenden Veredelungsindustrie entwickelt haben, so kommt die Lokalisierung des einen Teils von dem anderen einer Zerschneidung des Lebensnervs gleich. Was, volkswirtschaftlich gesprochen, noch vor 30 Jahren eine allerdings auch schon schmerzhaft Operation gewesen wäre, das ist heute für ganz bedeutende Teile unserer Eisen- und Stahl-, Metall- und Maschinenindustrie eine tödliche. Der Einwand, es handle sich „nur um kapitalistische Interessen“, ist nicht ernst zu nehmen, denn es ist nun einmal und für absehbare Zeit so, daß jede Erschwerung der Daseinsbedingungen einer Industrie in der Form von Arbeitsverschlechterung hauptsächlich auf die Arbeitermassen abgewälzt wird. Das Unternehmertum kann sich leicht außerhalb der Landesgrenzen betätigen, einzelne Arbeiter können das auch, aber die Arbeitermasse mit ihren Familien muß im Lande bleiben. Wer nur einmal als Lohnarbeiter eine schwere Wirtschaftskrise mit durchmachen mußte, der weiß, was starker Lohnmangel und massenhafte Arbeiterentlassungen bedeuten. Man stelle sich vor, die deutsche Eisen- und Stahl-, Metall- und Maschinenindustrie, die zusammen an 3 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, werde gezwungen, 70 bis 80 v. H. ihres Bedarfs an Rohstoff für die Eisen- und Stahlbereitung aus dem Auslande zu beziehen, nachdem sie sich Jahrzehnte hindurch auf den verhältnismäßig billigen Rohstoffbezug aus dem Reichslande eingerichtet, alle ihre Betriebskalkulationen daraufhin eingestellt hat. Was die so gut wie völlige Abhängigkeit im Rohstoffbezug vom Auslande bedeutet, das hat die deutsche Textilindustrie erfahren müssen.

Es kommt aber noch sehr wesentlich in Betracht, daß sich gerade auf dem Gebiete der Erzeugung eine durchaus beachtenswerte protektionistische Bewegung geltend gemacht hat. Schon vor dem Kriege hat die Eisenerzeugung über seine Westgrenze (Oberschlesien) unterlag; Oesterreich-Ungarn erschwerte die Erzeugung durch einseitige Maßnahmen; in Spanien erhoben sich inländische Rühnheitskreise gegen die schrankenlose Erzeugung; in Schweden ist bereits durch einen Staatsvertrag mit der führenden Erzbergbau- und Eisenbahngesellschaft die Erzeugung beschränkt und ein Übergang der Eruben in Staatsbesitz abgemacht worden. In Frankreich arbeiteten einflussreiche Kreise schon vor dem Kriege hin auf irgend eine Beschränkung der Erzeugung. Glaubt man, diese protektionistischen Bestrebungen würden nach dem Kriege, namentlich uns gegenüber, eingestellt? Wenn ist denn nicht bekannt, daß der Plan, das französische Mineraliengebiet durch einen Kanal mit den Östlichen Frankreichs, dadurch mit der erdbebürtigen britischen Gürtelindustrie möglichst billig zu verbinden, schon vor dem Kriege vorhanden war? Deshalb auch hat die südwestdeutsche Bevölkerung lebhaft die Kanalisierung der Saar und der Mosel gefordert, um der lothringischen Mineralien und den aus ihr erzeugten Koh-, Galb- und Zerkohlungsprodukten einen billigeren Absatzweg nach dem Osten zu verschaffen. Gerade weil die Frage der Erzeugung für die großen Gürtelindustrielländer immer mehr eine „brennende“ geworden ist, muß man mit der Erzeugung der Erzeugung nach dem Kriege rechnen, schon weil die Protektionisten darauf drängen werden, diesen Massenabsatzmittel auch finanziell auszunutzen. Was aber eine auch „nur mäßige Ausfuhrgebühr“ gerade für die Erzeuger bedeutet, kann sich jeder leicht berechnen, wenn er die in Frage kommenden Massen in Betracht zieht.

Elsaß-Lothringen ist also das für Deutschland durchaus notwendige Eisenerzeuger und muß ihm erhalten bleiben. Otto Hue.

Borgeseite und Untergebene in einer Gewerkschaft

In Nr. 4 brachten wir einen Aufsatz, der sich gegen die Auffassung wandte, daß Beschäftigte, Meister usw. nicht Mitglieder unserer Gewerkschaften sein dürften. Dieser Aufsatz hat schon vor längerer Zeit drei zum Teil umfangreiche Zuschriften an uns zur Folge gehabt, die wir wegen Mangel an Raum nicht abdrucken konnten.

Zunächst müssen wir einen Unterschied machen in der Art des Betriebes, ob dieser der kapitalistischen Gewinnwirtschaft dient oder ob er ein von den Arbeitern gegründetes, gewerkschaftliches Unternehmen ist. Bei letzterem ist es ganz selbstverständlich, daß die Borgeseite gewerkschaftlich organisiert ist, und deshalb betrachten wir es als kapitalistisch, wenn man sich auf solche Betriebe bezieht, wie handes, der die Gewerkschaften „Produktion“ enthält, wo nur gewerkschaftlich Organisierte beschäftigt werden dürfen. (Siehe Protokoll, Seite 25.) Anders ist es mit einem kapitalistischen Betriebe, wo der ganze Betrieb nur darauf eingestellt ist, möglichst viel Profit zu machen. In diesem Falle ist die Untergebene heranzuziehen. Deshalb ist es nicht richtig, wenn die Gewerkschaften verlangen, daß ein gewerkschaftlicher Kollege Meister (denn meist wird er wohl Meister und wenn er es nicht ist, so hat er schon längst die Organisation des Meisters gelehrt) werden kann in einem kapitalistischen Betriebe und wie verhält sich das mit der Organisation?

Der Aufsatz des Verfassers in Nr. 4 war die Frage nicht zu beantworten, daß wenn die betreffenden Kollegen genug Geld verdienen, sogar noch Vorteile für uns daraus entstehen. Ich frage mich, weshalb, wie das möglich sein soll, denn die Kollegen können das nicht leisten, was sie verlangen, nämlich Gewerkschaften, die mit ihrer Stellungswörter ein einziges Ziel setzen. Das liegt in der Natur der Sache, denn der Unternehmer hat sie doch nicht notwendig in eine höhere Klasse einreihen lassen; er verlässt sich vielmehr auf die höhere Klasse, weil er sich selbst nicht veranlassen will, sondern nur die Möglichkeit hat zu verdienen, was so billig wie möglich produziert werden. Damit nun die Produktion so niedrig wie möglich zu werden und die Produktion (Arbeiter) möglichst auszunutzen werden, muß man

ihm (dem Unternehmer) ein ganzes Heer von Beamten angestellt werden, die nur darauf fassen sollen, wie es möglich ist, noch mehr Profit herauszuholen. Dazu gehört auch der Meister. Um diesen Zweck zu erreichen, wird zuerst an den Arbeitsschritten gearbeitet. Hierbei kommt den Fabrikanten die Technik im höchsten Maße zustatten. Sie erfinden Maschinen, wodurch das Arbeitsverfahren beschleunigt wird, als da sind: Revolverbänke, Automaten usw. Bei diesen Maschinen ist es nun nicht immer nötig, daß sie von gelehrten Leuten bedient werden. Weil nun auch gelehrte Arbeiter einen höheren Lohn beanspruchen als ungelernete, so werden diese angelernt, wobei ihnen dann die Möglichkeit gegeben ist, etwas mehr zu verdienen als im Durchschnitt der Tagelohn beträgt. Dadurch werden die Leute an das Werk gewöhnt. Genau so wird es mit gelehrten Arbeitern gemacht, sie werden zu Spezialisten herangezogen, die durch längere Tätigkeit es zu Leistungen bringen, die kein Mensch vorher gekannt hat. Dieses ganze Verfahren, das von den oberen Beamten ausgeht und alle sonstigen Ränge und Stände, die von den Unternehmern gegen die Arbeiter geplant werden, muß zu guter Letzt von den Meistern ausgeführt werden. Er ist somit nur ein Werkzeug des Unternehmers gegen die Arbeiter. Letztere sind nun einmal gezwungen, unter der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung bei den Unternehmern zu arbeiten und wollen sich wenigstens unter den gegebenen Verhältnissen ihr Dasein einigermaßen erträglich machen, indem sie auskömmliche Löhne und kürzere Arbeitszeit fordern und sich nötigenfalls erkämpfen wollen. Der Unternehmer weigert sich dagegen, weil es eine Schwächung seines Profits bedeutet und übrigens könnten die Arbeiter durch mehr freie Zeit zum Nachdenken über ihre Lage kommen und dadurch seinen Thron ins Wanken bringen.

In diesem Verteidigungskampf des Unternehmers um seinen Geldsack spielt der Meister (oder muß es spielen, wenn er seine Stellung erhalten will) dessen Unwille. Dieses geschieht alltäglich, indem er die leistungsfähigen Arbeiter zufrieden zu sprechen versucht, wenn sie mehr Lohn haben wollen und das muß er tun, weil sonst die Arbeiter ihm weglaufen würden und er seine Arbeit nicht pünktlich abliefern kann. Wenn der betreffende Meister nun ein organisierter Kollege ist, so erregt es böses Blut bei den Arbeitern und gewöhnlich erndigt die schöne Harmonie dann mit dem Ausschluß aus der Organisation, wenn er ihr nicht schon vorher den Rücken gekehrt hat.

Daher ist es einfach unmöglich, daß ein frei organisierter Kollege, der es ehrlich meint mit seinen Klassenbrüdern, ein solches Amt annehmen kann, weil er dadurch gezwungen ist, gegen sein Ideal, die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitalismus, zu arbeiten. Und sehen wir doch einmal unser Verbandsregister nach, wie mancher Kollege, der sich tüchtig hervorgetan hat in der Arbeiterbewegung, ist uns verloren gegangen und bekämpft uns jetzt aufs schärfste. Warum? Nun, weil er eben Meister geworden ist. Es liegt in dem ganzen System, der einzelne ist machtlos, er wird mit fortgezogen, auch wenn er es noch so ehrlich meint, von den Streifen, in denen er sich bewegt.

Doch, wie sagte der Kollege Matthes (Jena) bei der Begründung eines Antrages — der allerdings abgelehnt wurde — in Breslau, mit Bezug auf die Meister? „... denn diese Kollegen kommen, sobald sie in solche Stellungen einrücken, mit sich selbst in Widerspruch. Entweder sie vertreten die Interessen der Unternehmer und dann kommen sie mit den Kollegen in Differenzen, oder sie vertreten die Interessen der Arbeiter und kommen naturgemäß mit den Unternehmern in Differenzen. Das Letztere wird sich weniger abspielen als das Erstere, denn es ist begreiflich, daß diese Leute beizubehalten sein werden, ihre Stellungen nach Möglichkeit zu behalten. Leider geht ein ganzer Teil von denen, die vorher sehr gute Verbandskollegen waren, sobald sie in höhere Stellungen aufsteigen, rücksichtslos gegen die Arbeiter vor.“ (Siehe Protokoll, Seite 308/9.)

Treffende Worte sind es, die hier gesprochen wurden, das wird derjenige bezeugen können, der schon einmal Gelegenheit gehabt hat, bei diesen Ausführenden (die, wenn sie als sogenannte Kolonnenführer oder Automatenführer in einem Betrieb fungieren, denken, daß sie vor der Betriebsleitung nichts beschließen dürfen, und so ihre Kollegen, wenn sie sich einmal etwas haben zu schulden kommen lassen, aus Lohn und Brot bringen) zu arbeiten. Ist es auch gerade kein schönes Handwerk, über Kollegen so zu sprechen, aber die Wahrheit erfordert es. In einer Organisation wie der unseren muß Klarheit über solche Fragen herrschen.

Darum, erheben wir unsere Mitglieder so, damit nicht in unserer eigenen Reihen noch Stützen des Kapitalismus zu finden sind, den wir doch so leidenschaftlich bekämpfen. Sagen wir ihnen, daß es unmöglich ist, zweien Herren zu dienen, dann wird ein großer Teil Mistrauen gegen unsern Verband verschwinden und unsere Kollegen in der Werkstatt werden bei der Agitation leichtere Arbeit haben. Denkt jemand, daß er es verantworten kann mit seinem Gewissen, wenn er so ein Amt annimmt, so mag er es tun. Aber in unserer Organisation ist dann kein Platz mehr für ihn. Die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit wird hier allerdings noch viel zu leisten haben, ehe wir diesen Zustand erreichen.“ so schließt der Verfasser seinen Artikel. Das stimmt, aber nicht bei den in der Fabrik arbeitenden Kollegen, sondern bei denjenigen, die sich nicht scheuen, ihren eigenen Kollegen zu unterjochen, sie mißbrauchten die Borgeseite und sonst dergleichen. Das sind Annahmen, die nicht schon genug zurückgewiesen werden können.

Auf einen anderen Standpunkt stellt sich ein österreichischer Genosse, der allerdings nicht Metallarbeiter ist, jedoch als Mitglied des Eisenbahnerverbandes Gelegenheit hatte, auf diesem Gebiete Erfahrungen zu sammeln. Seiner umfangreichen Zuschrift entnehmen wir folgendes:

Kapitelweise Schilderung des Wesens einer Organisation, die zwar anders gemeint ist, als die meisten gewerkschaftlichen Organisationen, trotzdem aber doch eine irrationale Gewerkschaft ist und auf viele bedeutende Erfolge zurückzuführen kann, mögen den Metallarbeitern im Reich, die da weinen, Meister gehören nur einmal nicht mehr in die Reihen ihrer früheren Organisation, einen Vergleich leisten. Die Organisation, die zum Vergleiche herangezogen werden soll, war vor Ausbruch des Krieges die gewerkschaftliche Organisation Oesterreichs und ist gegenwärtig die weitläufigste. Es ist die Organisation der Eisenbahnbediensteten, der „Allgemeine Rechts- und Gewerkschaftsverein“, der in Friedenszeiten über 50.000 Mitglieder umfaßt und Bedienstete der Staats- und Privatbahnen zu seinen Mitgliedern zählt. In dieser Organisation wäre die Erörterung der Frage, ob Meister oder solche Bedienstete, die den anderen untergeordnet sind, in der Organisation verbleiben sollen, einfach unmöglich, denn es geht um ganz eigenartige Wesen dieser Organisation, daß sie Leber- und Untergeordnete einschließt. Und, um ihnen man sich an die Aufgabe heranwagt, Leber- und Untergeordnete in einer einseitigen Verbandorganisation zu vereinen, konnte man es zugeben bringen, daß das Gesamtpersonal Erfolge erzielt, wie sie vorher, als das Personal ohne gemeinsames Band und in einzelnen Kategorienereinen organisiert war, nicht erzielen konnte. Mit der Schaffung und dem Ausbau der heutigen Zentralorganisation war für die Eisenbahnbediensteten jene Organisationsform gefunden, die ihnen ermöglichte, Vorteile für sie zu erzielen.

Daß die Eisenbahnbediensteten Oesterreichs, trotz des erschwerenden Umstandes, daß Leber- und Untergeordnete zusammengebracht werden mußten, es zu einer außerordentlich erfolgreichen Organisation gebracht haben, die bei allen einschlägigen Fragen gefordert werden muß, hängt notwendig mit der hervorragenden Rangordnung des Eisenbahnbediensteten zusammen. Es war nicht leicht, alle Bedienstetenkategorien der Eisenbahn in eine Zentralorganisation zu bringen. Aber die Tatsache, daß die verschiedenen Kategorien, wenn nach Kategorien organisiert, jederzeit dazu mißbraucht werden können, gegen die anderen Kategorien ausgespielt zu werden und die Tatsache, daß dieses früher auch geschah, zwingt die Leber- und die Unteren, alles andere beiseite zu lassen und sich ausschließlich so zu organisieren, daß die Gesamtheit der Eisenbahnbediensteten einen Gesamtwillen zu äußern in die Lage kommt.

In der Metallindustrie sind die Verhältnisse natürlich anders. Da wird einer Meister oder Vorarbeiter. Alle anderen sind

Untergebene. Die Tätigkeit des Uebergeordneten steht vereint unter vielen gleichgearteten Untergeordneten. Der Unternehmer wendet sich ausschließlich an diese Stelle, den Werkmeister. Dadurch wird die Stellung des Uebergeordneten erst recht in grelles Licht gerückt. Man kann jedoch nicht sagen, daß der Bahndienst sich so sehr von der Beschäftigung in anderen Erwerbszweigen unterscheidet, daß man ihn gar nicht zum Vergleiche heranziehen kann. Borgeseite gibt es auch im Bahndienst. Da ist der Lokomotivführer der Borgeseite des Feizers, der Zugführer der Zugmannschaft, der Bahnmeldeste der Bahnarbeiter. Die meisten Borgeseiten haben mit Ausschluß des Entlassungsrechtes viel Gewalt über ihre Untergebenen. Und doch ist es der Zentralorganisation gelungen, Solidarität in diese durch Bestimmungen von einander getrennte Bedienstete zu bringen.

Die Borgeseiten im Eisenbahndienst haben aber, just so wie die in der Metallindustrie, allem voraus das Bestreben, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. In Vertretung dieses Strebes wird der Vorteil des Borgeseiten in allererster Linie dadurch zu wahren gesucht, daß man Judikate, Vermehrer des Arbeitsergebnisses seiner Untergebenen ist. Das macht bekanntlich überall Viehlieb nach oben hin. Dagegen regt sich natürlich die Abwehr der Untergebenen und sie sind geneigt, den Borgeseiten als Gegner zu betrachten. Wie hier wäre also kein wesentlicher Unterschied zwischen Bahndienst und Metallindustrie. Doch er ist vorhanden und liegt zum Teil in der Rangordnung des Dienstes beim Bahndienst. Der Borgeseite hat wieder einen Borgeseiten, dieser noch einen usw. Der Bahndienst pflegt ferner in jedem Bediensteten das Gefühl, daß von seiner Tätigkeit vielfach die Sicherheit des Lebens für sich und die anderen abhängt. Aber nicht nur von seiner Tätigkeit ist dieses abhängig, sondern auch von der der Borgeseiten. Damit ist auch selbst beim Untergebenen eine Gleichsetzung des Wertes der Leistung des Borgeseiten mit seiner eigenen gegeben. Das verschafft eine gewisse Solidarität der Leber- und Untergeordneten und manches, was bei Wegfall dieser Solidarität dem Borgeseiten als nichtsmutige Streberei usw. ausgelegt würde, erscheint mindestens zum Teil sachlich begründet und wird bis zu einem gewissen Grade mit dem Sage abgetan: „Ein Keil treibt eben den andern.“

Nun kann man fragen: Wie kann zum Beispiel ein Pader in Magazin dem Lokomotivführer helfen, seine Lage zu verbessern? Und umgekehrt. Das kann aber doch geschehen. Das Eintreten des Untergebenen für den Borgeseiten und das Eintreten des Borgeseiten für den Untergebenen kann viel nützen und das ist eine der Hauptaufgaben unserer Zentralorganisation. Auf jeden Fall kann die Verwirklichung die eine Kategorie nicht gegen die andere ausspielen und schon das ist ein Vorteil. Diese Erkenntnis führte die österreichischen Bahndiensteten zum Zusammenschluß. Seitdem sind Leber- und Untergeordnete in einer Organisation. Die einzelnen Kategorien beraten ihre besonderen Angelegenheiten unter sich. Daß sie hierbei nicht so weit gehen, anderen Kategorien zu schaden, darüber wacht die Zentrale zum Wohle der Gesamtheit und auch — zum Wohle der Kategorien, die nach Erfahrungen den Mist abfegen würden, auf dem sie sitzen, wenn sie Forderungen erheben, die dem Wohle der Allgemeinheit zu schaden geeignet sind. Man sieht wie natürlich Borgeseite und Untergebene hier zum gemeinsamen Wohle beisammen bleiben. Daß dieses nicht immer ohne Reibung vor sich geht, und daß nicht einmal diese, einmal jene Kategorie erklärt, ihre Wünsche würden zu wenig gewahrt, ist selbstverständlich. Das muß sogar sein. Solche Aufgaben sollen stets von mehreren Seiten in Angriff genommen werden, gerade so wie man einen Tunnel von zwei Seiten anbohrt. ...

Ein Kollege im Felde schrieb folgendes:

Eben bin ich beim Lesen der Metallarbeiter-Zeitung auf einen Artikel „Borgeseite und Untergebene in einer Gewerkschaft“ gestoßen, zu dem ich auch einige Worte sagen möchte.

Es ist wohl wahr, daß ein Kollege, sobald er in ein Borgeseitenverhältnis zu seinen organisierten Mitarbeitern tritt, häufig einen schweren Standpunkt hat. Nun verlangen einige Kollegen, daß ein solcher Kollege von Verbands wegen ausgeschlossen werden müsse. Es wäre nun erst die Frage zu beantworten: Aus welchem Grunde läßt sich ein Arbeiter von seinem Unternehmer zum Vorarbeiter z. B. befördern? In den meisten Fällen wird es die Aussicht auf besseren Verdienst und damit auf bessere Lebenshaltung sein, welche zu dem Entschluß führt. Nun kann man doch dieses Bestreben nicht als ein unmoralisches bewerten, solange der Betreffende sein Einkommen nicht etwa auf Kosten seiner früheren Arbeitskollegen steigern will. Es ist doch ein gewerkschaftlicher Gemeinplatz, daß ein jeder seine Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen soll. Wenn Meinungen entziehen, so werden meines Erachtens die früheren Arbeitskollegen viel häufiger den Anlaß dazu geben als der betreffende Vorarbeiter z. Die Gründe, die dazu führen, sind für die betreffenden Kollegen nichts weniger als schmeichelhaft. Einem jeden Vorarbeiter, der ihnen fremd ist, werden sie willfähriger sein als dem aus ihrer Mitte herausgehobenen Kollegen. Denn diesem Kollegen gönnen viele die neue Stellung nicht, andere meinen, der macht uns ja nichts, denn er ist ja unser Kollege und machen dem Betreffenden eine Erfüllung seiner Pflichten, auch den Arbeitern gegenüber, jerslich schwer. Ist dann der betreffende Vorarbeiter gezwungen, gegen den einen oder den andern Verbandskollegen einzuschreiten, so geht das Gezeiter los über Unkollegialität usw. Dabei bedenkt aber die große Masse nicht, daß vielleicht einer der ihrigen die eigenste Ursache zu dem Vorgehen gewesen ist.

Im Vorstehendes möchte ich die Bitte an alle Kollegen knüpfen, welche unter einem Vorarbeiter z. B. arbeiten, der aus Ueberzeugungstreue Verbandsmitglied geblieben ist: Bringt ihm zum wenigsten so viel Vertrauen entgegen, wie ihr es jedem Fremden gegenüber tun würdet. Respektiert seine Wünsche und Befehle mindestens ebenso, wie ihr es bei anderen tun müßt. Richtet euer Verhalten so ein, daß in Arbeitsanlegenheiten auch kein Ladel treffen kann und versucht nicht aus der Zugehörigkeit eures Vorarbeiters zum Verband Sondervergünstigungen herauszuholen. Sollte es dann noch nicht möglich sein, mit dem betreffenden Vorarbeiter auszukommen, so bietet das Statut auch in seiner jetzigen Gestalt schon Handhaben genug, um den Betreffenden auszuschließen. R. R.

Unser Verband in der 87. Kriegswoche

In nachstehender Übersicht ist das Ergebnis unserer Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit während der 87. Kriegswoche dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungen: Werber, Großbrunn, Neustadt i. S., Wlffeld, Gräfenthal, Stendal, Tangermünde, Zorge, Sughaven, Gummerbach, Friedrichshagen, Lambrecht, Borsach, Neustadt a. d. S., Zweibrücken, Lindau, Mennungen und Pegnitz.

Übersicht über die Zeit vom 26. März bis 1. April 1916.

Woche	Normal-stand			Mit-geleber-acht zu Anfang der Woche	Mit-geleber-abgang Haupt	Ranon zum Ende ein-gezogen	Mit-geleber-acht am Ende der Woche	Ranon arbeitslos	Summe	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
	1. April	2. April	3. April							
1.	36	—	5933	56	25	5877	15	0,3	126	
2.	21	—	4833	39	19	4794	30	0,6	223	
3.	31	1	7620	127	53	7493	61	0,8	321	
4.	52	2	34957	771	369	34186	167	0,5	781	
5.	78	5	28467	310	141	28157	76	0,3	484	
6.	42	1	28325	552	56	27763	30	0,1	621	
7.	37	1	23186	219	127	22967	34	0,1	282	
8.	23	—	10538	390	168	10148	57	0,9	407	
9.	46	5	17179	173	81	17006	79	0,5	331	
10.	38	3	19503	205	104	19293	49	2,5	2262	
11.	1	—	49053	182	182	48871	493	1,0	1763	
Zus.	415	18	229594	3024	1328	226570	2281	1,0	7648	

* Einflüsse der im Laufe der Woche zugerechneten und Abgangsummungen.

In der Berichtswache fanden (außer Berlin) 1070 Aufnahmen statt. 1328 Mitglieder wurden zum Meer eingezogen.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2281 oder 1 v. H. der Mitgliederzahl und ist um 98 geringer als in der Vorwoche, wodurch aber der Prozentfuß nicht verändert wird.

Krank waren 3607 Mitglieder gemeldet oder 1,7 v. H. Auch diese Zahl ist um 187 geringer als in der Vorwoche, im Verhältnis zur Mitgliederzahl aber ebenfalls so wenig verändert, daß es zahlenmäßig nicht zum Ausdruck kommt. Krankenunterstützung wurde 13797 M. ausbezahlt.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Table with columns: Berichtswache, Vermehrung haben, Zahl der Mitglieder, etc. Rows list dates from 1. August 1914 to 27. 8. 1916 with corresponding statistics.

Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 7 Wochen ständig etwas zurückgegangen, was aber infolge der geringeren Mitgliederzahl am Verhältnis zu derselben nur wenig ändert.

Arbeitslosenunterstützung wurde seit Beginn des Krieges 5648922 M. ausbezahlt.

Zum Militär sind bisher 319737 Mitglieder unseres Verbandes einberufen worden. Die Zahl der Einberufungen ist in der letzten Zeit wieder erheblich gestiegen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 28. April der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. April 1916 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsrat Erlangen für die 2. Klasse 10 1/2 die Woche Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Verbände sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16a“ zu adressieren.

Berichte

Metallarbeiter.

Essen (Ruhr). Die Direktion der Essener Gußstahlfabrik hat während der Kriegszeit den beschäftigten Arbeitern bisher viermal eine besondere Vergütung ausbezahlt.

Jena. Zu den Betrieben, die während der Kriegszeit stark mit Feuerlieferungen beschäftigt sind, gehört auch die Firma E. Zeiß. Eine große Umwandlung ist auch hier vor sich gegangen durch die vielen Einstellungen von jugendlichen Hilfsarbeitern und von Arbeiterinnen.

um einer falschen Auslegung des Stiftungsstatuts durch die Firma entgegenzutreten. In einigen Prozessen beriefen beide Gerichte der Firma durch ihr Urteil, daß sie mit ihren Auslegungen des Statuts im Unrecht ist.

Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 7 Wochen ständig etwas zurückgegangen, was aber infolge der geringeren Mitgliederzahl am Verhältnis zu derselben nur wenig ändert.

Sehen wir doch einmal näher zu, was es denn nun für „Geschenke“ sind, die den Arbeiterinnen großmütig gemacht werden; zunächst bei zwei Fräseabteilungen, in denen, wie in vielen anderen das Einrichtersystem besteht.

= 21 M die Woche, oder 44 S in der Stunde. Hierbei haben wir wieder den höchsten tariflichen Lohn angenommen. Der männliche Arbeiter würde bei derselben Arbeitsleistung in einer Woche 48 (Stb.) x 80 S = 38,40 M verdienen.

Table titled 'Berufleger' showing statistics for different professions like Gas- u. Wasser-Rohrleger, Gelfer, etc. Columns include Berufs, Arbeitslos waren am 1. März 1916, etc.

Rundschau

Bithographen. Zu Weihnachten 1890 wurde zu Magdeburg ein Kongress abgehalten, der beschloß, einen Verein der Bithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands zu gründen.

Textilarbeiter. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband besteht nunmehr ebenfalls 25 Jahre. Am 31. März 1891 beschloß in Pöbner ein Kongress der bis dahin nur örtlich organisierten Textilarbeiter die Gründung eines allgemeinen Verbandes.

Nichtanmeldung einer Werkstatteinsammlung. In Nr. 10 (Seite 39) teilen wir mit, daß das Schöffengericht zu Jena am 16. Februar die Gewerkschaftssekretäre Hoffmeister (Deutscher Metallarbeiter-Verband), Weiler (Christlicher Metallarbeiter-Verband), Bongers (Christlicher Gewerksverein) und den Wirt Zobel aus Gräna zu Geldstrafen verurteilt hatte.

Erörterung sozialer Fragen verboten. Mit der Drohung des Feindes Deutschland auszuweichen, steht die Lohnfrage im Zusammenhang und es ist ein Verstummen, anzunehmen, daß die Verhandlung nicht anmeldepflichtig gewesen, weil sie nicht öffentlich war. Es ist jedoch den Angeklagten zu gute gehalten worden, daß es sich um einen weit verbreiteten Irrtum handelte und daß sie in gutem Glauben gewesen, weshalb ihre Freisprechung erfolgte. Sobal mußte ohnehin freigesprochen werden, weil er nicht zu den Verantwortlichen der Versammlung gehörte.

„Abbau der Leuerungsgehälter.“

Die Bergarbeiter-Zeitung beschäftigt sich in ihrer Nr. 16 mit einer Schilderung der Gelderträge des Bergbaus, die in Nr. 14 der Industrie, Fachzeitung für Kohlen-, Kali- und Erz-Bergbau, einem Werkbühnenhefte, erschienen ist. Das Blatt führt aus, daß die bisherige Erhöhung der Kohlenpreise von 3 M für die Tonne weiter nichts sei als ein Ausgleich für die Mehrausgaben der Werksbesitzer. Wenn nun noch eine Fördersteuer hinzukomme, so sei diese nur dann zu ertragen, wenn sie auf die Verbraucher abgedälgt werden könne. Dadurch würde die Steuer aber nichts anderes als eine neue indirekte Steuer. Dagegen wendet die Bergarbeiter-Zeitung ein, daß die Preissteigerung von 3 M sich nur auf die sogenannten Richtpreise beziehe. Die eigentlichen Verkaufspreise seien erheblich höher gestiegen worden. Ferner gehe aus den Betriebsberichten hervor, daß die Ueberschüsse für die einzelne Tonne größtenteils noch höher seien als in den Jahren vor dem Kriege. Für den Fall, daß eine Fördersteuer kommen sollte, fordert die Bergarbeiter-Zeitung die gesetzliche Festlegung auskömmlicher Mindestlöhne und angemessener Höchstpreise, damit die Fördersteuer nicht glatt auf den Verbraucher abgedälgt werden könne. Sie weist darauf hin, daß das rheinisch-westfälische Kohlensteuergesetz in seine neuen Lieferungsverträge schon die Bestimmung aufgenommen hat: „Die Preise erhöhen sich um den Betrag, der als Reichs- oder Landessteuer auf Bergwerkzeugnisse erhoben werden sollte.“ Sodann fährt die Bergarbeiter-Zeitung fort: „Wie absolut notwendig aber eine gesetzliche Vorschrift auskömmlicher Mindestlöhne erst recht dann wäre, wenn die Fördersteuer eingeführt würde, das veranlaßt uns die Industrie mit folgenden Ausführungen im Anschluß an die Erklärung, auch ohne Fördersteuer würde nach dem Kriege der Bergbau noch empfindlich steuerlich belastet werden.“

Es wird trotz dieser vorauszuweisenden strengen Steueranpassung seinerzeit vielleicht (!) keine nochmalige nennenswerte Erhöhung der Kohlenpreise eintreten brauchen, weil ja nach dem Kriege ein gewisser Abbau der Leuerungs- und sonstigen Kriegslasten eintreten wird und gleichwohl mit intensiverer Produktionsleistung gerechnet werden kann.

Damit wird Klipp und Klar gesagt: nach dem Kriege sollen die Löhne reduziert und die Arbeitskräfte stärker noch wie vordem angepannt werden!!! Herabdrücken der Löhne und Steigerung der Arbeitsleistungen! Dieses soziale Programm verkündet die Industrie den Bergleuten wohl jetzt schon, damit sie sich mit dem „Abbau der Leuerungsgehälter“ vertraut machen?...

Wer nun noch außerhalb des Verbandes bleibt, wer jetzt noch hofft und harret auf den Sanct Nimmerleinstag, wo dem braven Michel die gebotenen Lauben nur so in den Mund fliegen, der darf sich nicht bellagen, wenn die Lohnschraube gehörig angebracht wird trotz bleibender Leuerungspreise. Wer sich selbst eine Kiste bindet, der ist auch wert, damit geprügelt zu werden.

Was die Bergarbeiter-Zeitung den unorganisierten Bergarbeitern zuruft, kann auch für Arbeiter in anderen Berufen gelten, denn auch in diesen gibt es Unternehmer genug, die an den „Abbau der Leuerungsgehälter“ denken.

Zur Lebensmittelversorgung.

Zu Anfang des April teilte die Reichsgetreidestelle mit, daß es gelungen sei, anstelle der ursprünglich vorgeesehenen 200 000 Tonnen Brotgetreide 400 000 Tonnen zurückzuliegen. Man habe während des Krieges jedoch die Erzeugung gemacht, daß erhebliche Mittelungen über die vorhandenen Bestände und die hieraus sich ergebende Sicherheit unserer Durchhaltens leicht zu all zu rasigen Schlußfolgerungen Anlaß gaben. Es müsse deshalb wieder mit Nachdruck betont werden, daß diejenigen, die entsprechend ihren Mitteln noch eine Beschränkung ihres Broterbrauchs durchzuführen können, sich nicht abhalten lassen dürfen, es zu tun. Es sei vor allem daran zu denken, daß die weitere Versorgung mit Brotgetreide in hohem Maße von der Witterung abhängig sei. Was die reicheren Kreise an Brot mehr verbrauchen als sie unbedingt nötig hätten, entzögen sie den unbemittelten Klassen, während umgekehrt jede Brotmarke, die geparkt werde, der arbeitenden Bevölkerung, besonders den schwerarbeitenden Personen, zugute komme.

Gegen diese Ermahnung läßt sich nichts einwenden und unter den obwaltenden Verhältnissen muß man wünschen, daß sie von denen, die es noch können, allgemein befolgt werde. In der bürgerlichen Presse finden wir aber Ausführungen von beruhen und unberuhenen Ratgebern des deutschen Volkes, die da glauben, noch ein Hebriges tun und ihre Ermahnungen gleichgültig an das ganze Volk richten zu müssen. Das geht denn doch zu weit. Das Fleisch ist unbedeutend im Preise gestiegen, Eier, Milch, Butter und andere Nahrungsmittel sind oft nicht zu erhalten, stellenweise herrscht sogar Kartoffelknappheit — was sollen die Arbeiter denn essen, wenn sie noch Brotmarken erhalten sollen? Jetzt liegt die Sache so, daß viele, die man sonst zu den Besten der Mittelschicht rechnen konnte, durch die Leuerung auch schon fast in der Auswahl ihrer Lebensmittel beschränkt und viel mehr auf Brot angewiesen sind als früher. Mancher, der früher Brotmarken erhalten konnte, kann es jetzt nicht mehr.

Die Schwierigkeiten in der Fleischversorgung haben in Thüringen bereits zur Einführung von Fleischmarken geführt. Auch hier hat es wieder einmal recht lange gedauert, bis die Behörden sich zu einer Tat aufraffen. Allerdings ist anzunehmen, daß die Sache nicht ganz einfach ist. Es müssen nämlich entsprechende Vorkehrungen bei der Abgabe der Marken beim Einzug in den Markt vorgenommen werden, die manchem Metzger und mancher Hausfrau noch viel Kopfschmerzen machen werden. Zu besten wird es sein, wenn der zu den Marken gehörigen Marke gleich eine Zahlungsart angehängt wird, worin die geschätztesten Warenmarken gleich ausgedrückt sind. Durch die Fleischmarken wird der Fleischbezug der einzelnen Person für fünf Tage der Woche auf täglich 160 Gramm beschränkt, Kinder unter sechs Jahren können nur die Hälfte erhalten. Die meisten Deutschen werden in der letzten Zeit schon gar nicht mehr in der Lage gewesen sein, soviel Fleisch zu kaufen. Bietet man sich für eine Woche eine Fleischmarken bescheiden? Dabei haben wir noch noch wie vor: Fleisch, Eier und alle möglichen sonstigen Bedarfen zur Versorgung, soweit es ihr Geldbeutel erlaubt. Abgesehen von Baden ist man anderwärts in dieser noch nicht einmal so weit wie in Thüringen. In Thüringen wäre eine rationellste Aufhebung aller Fleischmarken und nur allen Dingen die Einziehung aller Brote, die den Verbrauchern ausgegeben sind. In neuerer Zeit haben sich schon diese Dinge bemerkt, eingeschleppte Brote zu „Lebensmarken“. Man überlasse diese Kategorie aber nicht nur den Spekulanten!

Es ist im Augenblick die Versorgung mit Milch und Eiern. Denn man die Leuerungen hier, so geht es ihnen an schmerzen von allen. Es glänzt ihnen nur wenn man mehr. Verhältnismäßig leicht zu realisieren ist der Verbrauch des Jutes und nach dem veranschlagten Stande der Regierung hat diese auch die besten Absichten. Hoffentlich gelingt es, soweit, daß nur allen Dingen keine Knappheit eintritt, wenn die Einziehung beginnt. Es ist damit zu rechnen, daß die Knappheit und die Jute zum Einweichen in diesen Jahren nicht sein wird als je zuvor, und daß in Voraussicht dessen man sich auf den Winter vorbereiten sollte. Da man es ja immer noch

ble Wolkernahrung, wenn das Obst aus Mangel an Zucker unkommen müßte.

Kaffee und Tee sind nunmehr ebenfalls knapp geworden, nachdem sie schon früher stark im Preise gestiegen waren. Das wird uns das Durchhalten aber nicht erschweren; im Gegenteil muß man es unter den jetzigen Verhältnissen als einen Vorteil bezeichnen, wenn kein Geld dafür ins Ausland geht.

Brantwein aus Brotgetreide.

Unsere Mitteilungen unter dieser Ueberschrift in den Fern. 7, 12 und 15 sind dahin zu ergänzen, daß Reichstagsabgeordneter Genosse Davidsohn am 7. April im Reichstag die Kleine Anfrage einbrachte, wie viel von den der Kornspirituszentrale zugewiesenen 45 000 Tonnen Getreide noch nicht verbrannt seien und ob der Meist für die Volksernahrung sichergestellt sei. Unterstaatssekretär v. Stein antwortete, daß nach den Ergebnissen der Bestandsaufnahme vom 16. November 1915 der Zentrale statt 45 000 höchstens 20 000 geliefert werden sollten. Bis Mitte März seien etwa 12 500 Tonnen geliefert worden. Die völlige Einstellung der Lieferung sei nicht möglich gewesen; das übrige Getreide werde jedoch der Volksernahrung zugeführt. — Daburch wird dem Mißgriff wenigstens zum Teil abgeholfen.

Werktverein und Burgfriede.

Mit einiger Verspätung ist die Nr. 14 des in Essen erscheinenden Werkvereins in unsere Hände gelangt, ein Blatt, das sich auch „Wochenchrift für die wirtschaftsrieblische nationale Arbeiterbewegung“ nennt. Das Blatt beschäftigt sich mit Betrachtungen, die ein Dr. Bovenstien im ersten Märzheft des Kürmers über das Verhältnis der Beamtengehälter zu den Arbeiterlöhnen anstellt. Dr. Bovenstien meint, das Dienstentkommen der Beamten ist nicht mehr im Einklang mit den Kosten einer angemessenen Lebenshaltung. Das gemaltige Geer der Unterbeamten habe überhaupt nur ein Jahresentkommen zwischen 800 und 1500 M., dagegen verdienen ein geschickter Monteur, Schlosser oder Maurer an Lage leicht seine 8 bis 9 M. In der Kriegsindustrie würden jetzt sogar Löhne von 12 M. und mehr gezahlt. Solche Löhne überliegen die Löhne der Gerichts- und Regierungsassessoren und kämen ungefähr den Anfangsgehältern der Landrichter gleich.

Sie wollen nicht untersuchen, ob alles stimmt, was Dr. Bovenstien schreibt; wir wollen uns auch gerne mit dem Werkverein einverstanden erklären, wenn er sagt, es wolle ihm nicht einleuchten, weshalb ein geschickter gelernter Arbeiter nicht soviel verdienen solle wie ein Gerichtsassessor. Der Werkverein zapft bei dieser Gelegenheit aber auch noch die Dieselfelder Volkswacht und die Gewerkschaften an. Die Volkswacht hatte zu der Sache bemerkt:

Es wäre nur zu wünschen, daß die geschickten Arbeiter, die Befähigten in ihren Beschäftigungsarten voran, und daß nach und nach alle tüchtigen Arbeiter zu anderen Lebensbedingungen gelangen als bisher.

Daran knüpft der Werkverein folgende Bemerkung: „Unsere Leser wissen, daß wir stets diesen Standpunkt vertreten haben. Daß noch immer geschickte und in ihrem Fach tüchtige Arbeiter nicht zu ihrem gerechten Arbeitslohn kommen können, liegt häufig weniger an ihrer Arbeitsstätte als vielmehr in ihrer Zugehörigkeit zu den Streikgewerkschaften, die mit ihrer oben Gleichmacherei und ihren schablonenhaften Tariflöhnen gerade die besten Arbeiter am Aufstieg hindern und in den Sumpf der Untermittellosigkeit drücken.“

Ueber „Stuch des Burgfriedens“ wollen wir nicht klagen. Wenn dem Werkverein der Burgfriede zu lange dauert — uns kanns recht sein. Er fängt gleich wieder an mit einer wahrheitswidrigen Bemerkung von der „oben Gleichmacherei“ und den schablonenhaften Tariflöhnen der „Streikgewerkschaften“. Der Werkverein weiß selber sehr wohl, daß es sachlichste Gewerkschaftenmitgliedern durchaus unbenommen ist, ihrer Geschäftlichkeit entsprechend höhere Löhne zu fordern als in den Tarifverträgen als Mindestlohn festgelegt ist. Wenn allerdings der Mindestlohn 6 M beträgt und der Unternehmer weigert sich, den einem geschickten Arbeiter bisher gezahlten Lohn von — sagen wir — 7 M auf 8 M zu erhöhen, so kann die Gewerkschaft deshalb keinen allgemeinen Streik anfangen. Aber dagegen sollte auch der Werkverein nichts einzuwenden haben. Im übrigen vertreten allerdings die Gewerkschaften die Meinung, daß die minder Geschickten nicht immer selber daran schuld sind, daß sie nicht so viel können wie die anderen und daß auch sie ein Recht auf auskömmlichen Lohn haben. Dem Werkverein könnte also etwas mehr Ueberlegung nicht schaden.

Vom Ausland

Schweiz.

1200 freilebende Metallarbeiter in Winterthur. Eine Fabrikleitung muß es schon toll finden, wenn sie in der gegenwärtigen Zeit fast ihre gesamte Arbeiterkraft in den Streik zwingt. Diese wahrhaft übermenschenhafte Leistung vollbrachte die Direktion der Lokomotiv- und Maschinenfabrik A-G in Winterthur, die seit Jahren den Betrieb für die Arbeiterzeit zur Hölle und damit gleichzeitig auch zum Laubenschlag mit jedem Wechsel zahlreicher Arbeiter gemacht hat. Seit Jahren wird in dieser Fabrik eine Art des berühmten Taylorsystems als Kalkulationssystem betrieben, mit dem Tag für Tag aus dem letzten Arbeiter der letzte Rest von Leistungsfähigkeit herausgeholt werden soll. Der argste Feind unter den Kalkulatoren, die mit der Uhr in der Hand und bunten, rufschändlicher Antreiber die Arbeiter bis zur Verzweiflung quälen, ist leider aus der Arbeiterkraft der Lokomotiv- und Maschinenfabrik selbst hervorgegangen. Zu den Kalkulatoren gesellen sich als würdige Seitenhelfer manche gleichgestimmte Reizler, deren einer erst kürzlich, infolge Androhung des Streiks durch die Arbeiter, von der Direktion entlassen werden mußte. Der Mann, ein Schweizer, heißt Wollinger und war Meister in der Werkzeugmaschinenerei. Da er sich vielleicht nach Deutschland wendet oder schon in irgend einem anderen Lande ist, müssen vorstehende Mitteilungen über ihn zugleich der Beachtung der Kollegen in Deutschland empfohlen werden.

Remedings waren die Arbeiter mit dem Verhalten des Vorstandes der Betriebskassenkasse nicht zufrieden und in deren Generalversammlung haben zwei Genossen, langjährige Vertrauensmänner der Arbeiterzeit und einer davon Präsident der 1300 Mitglieder zählenden Metallarbeitergewerkschaft (Sektion des Schweizer Metallarbeiterverbandes), der Unzufriedenheit der Arbeiterzeit Ausdruck. Schließlich wurde an Stelle des bisherigen ein neuer Kassenpräsident gewählt. Man erklärte sich die anderen Vorstandsmitglieder mit dem weggeschickten Präsidenten solidarisch und reichten der Fabrikdirektion eine Besetzungsvorschläge ein, die eine Demission der Kritiker bedeutete. Dieses Vorgehen lieferte der Direktion den willkommnen Vorwand, den beiden Genossen zu kündigen. Das Berichtliche dabei ist, daß die Kassenmitglieder der Betriebskassenkasse ebenfalls Genossen und Verbandsmitglieder sind.

Die Gewerkschaft und eine fast bewußte Betriebsversammlung der Arbeiter der Lokomotivfabrik beschloß, die Kündigung der beiden Vertrauensmänner von der Direktion zu fordern, andernfalls die Arbeit einzustellen. Da die Kündigungen nicht zurückgenommen wurden, setzten am 1. März 1200 Arbeiter die Arbeit ein, so daß nur wenige Tagelöhner Streikbrüder, 300 Lehrlinge und die Meister weiter arbeiteten. Unter den Streikbrüder waren leider auch Verbandsmitglieder, während andererseits die gewöhnlichen Gewerkschaften Solidarität zeigten.

Nach zehn tägiger Dauer wurde der Streik unter der Vermittlung des Präsidenten des schweizerischen Einigungsamtes und Stadtpräsidenten (Bürgermeisters) Dr. Ströhl mit dem Abschluß einer Vereinbarung beendet, wonach wieder eine Arbeiterkommission eingesetzt wird, die zur Verbesserung allgemeiner Fragen zeitweilig mit der Direktion zusammentritt. Die Entscheidung von Streitigkeiten wurde durch weitere Bestimmungen geregelt. Bei der Kalkulation der Arbeiterzeit soll von nun an mit der Durchschnittsleistung der Arbeiter kalkuliert werden. Für künftige Arbeiterzeit wird der

Preis als feststehend betrachtet; Preisänderungen dürfen nur erfolgen bei Verwendung andern Materials oder Minderung der Arbeitsmethode. Bei einfachen Arbeitsstücken ist der Preis nach Tabellen, ohne Beobachtung des Arbeiters festzusetzen, vorbehaltlich Serienfabrikation. Das Beobachten soll nur bei neuen oder schwierigen Arbeitsstücken erfolgen und möglichst beschränkt werden. Bei der Festsetzung der Marktpreise wird der Zuschlag zur wirklichen Arbeitszeit für Unvorhergesehenes höher als bisher angesetzt. In Fällen größerer Störungen oder Reparaturen, auf die der Arbeiter keinen Einfluß hat und die er nicht verschuldete, wird ihm der Stundenlohn mit einem Zuschlag von 25 v. H. vergütet. Für die Berufsarbeiter wird auf 90 bis 100 Sp., für die Hilfsarbeiter auf 70 bis 80 Sp., bei Anfängern und einfacher Arbeit auf 80 bis 90 Sp. bei größeren Maschinen und schwieriger Arbeit kalkuliert. Differenzen werden durch eine Arbeitskommission untersucht und durch die maßgebenden Stellen begutachtet. Bevor eine Zeitungs polemik über Angelegenheiten der Fabrik erfolgt, hat eine gründliche Untersuchung der Verhältnisse stattzufinden; wird die Zeitungs polemik eröffnet, so soll sie keine verlegenden Ausfälle enthalten. Die Direktion sichert die Revision der Lohnlisten in der Form von Lohnrechnungen oder Leuerungsakten im Laufe des Monats April zu, wobei jeder Arbeiter beachtet werden wird und das Total der Zubehörenden mindestens 5 v. H. der Gesamtsumme der Stundenlöhne ausmachen soll. Die Verhältnisse der Monture des Motorenbaus werden durch besondere Vereinbarungen neu geregelt werden.

Es sind demnach der Arbeiterschaft eine ganze Anzahl wertvoller Zugeständnisse gemacht worden, auch zur Abhilfe gegen die Teufelei der Kalkulation. Eine allgemeine Lohnerhöhung für die gesamte Arbeiterschaft hatte die gleiche Fabrikdirektion noch vor Jahresfrist aus Gründen kapitalistischer Machtpolitik abgelehnt und nur einem Teil der Arbeiter Lohnerhöhungen bewilligt. Jetzt hat sie der gesamten Arbeiterschaft eine allgemeine Lohnerhöhung von wenigstens 5 v. H. zugesprochen müssen. Zu der Wiedereinführung einer Arbeiterkommission ist zu bemerken, daß die Arbeiter sie vor einigen Monaten in der Betriebsversammlung durch Beschluß aufgelöst haben, weil die Fabrikdirektion mit ihr nur Schindluder getrieben hatte. In dem, was für sie die Hauptsache war, hat die Direktion ihren Willen durchsetzen und die beiden Maßregelungen aufrecht erhalten können. Zum Wohle ihrer Kollegen vergichteten die beiden Gemäßigten auf ihre Wiedereinführung, um so den Streik zu beenden. — r.

Österreich.

Die Wiener Spengler und ihr Vertrag. Auch für die Wiener Spengler sollte der Vertrag am 1. März ablaufen. Der Oesterreichische Metallarbeiter-Verband hatte für sie bei den zwei Unternehmerverbänden, die für das Spenglergewerbe in Betracht kommen, Forderungen eingereicht. Durch Verhandlungen mit den Vorständen kam eine Vereinbarung zustande, wonach alle Arbeiter des Berufes vom 1. März an eine Leuerungszulage von 10 v. H. erhalten sollten unter Zugrundelegung der Löhne, die am 1. November 1915 gezahlt wurden. Der Vertrag sollte anderthalb Jahre weiterlaufen. Als in dem einen Unternehmerverband über diese Vereinbarung beschloßen werden sollte, waren von 600 Mitgliedern nur 19 erschienen. Diese beschloßen, die Vereinbarung abzulehnen und nur 10 v. H. Leuerungszulage auf die Löhne zu bewilligen, die bei Abschluß des Vertrages am 1. März 1913 festgesetzt wurden. Den Vertrag wollten sie bis zum Ende des Jahres 1917 verlängern. Darauf beschloßen die Arbeiter, mit den einzelnen Unternehmern zu verhandeln.

Der Vertrag der Wiener Schlosser aufgehoben. Das Wiener Schlossergewerbe hat der Krieg sehr stark beeinträchtigt. Soweit die Gehilfen nicht zum Heere eingezogen wurden, gingen sie in die Fabriken zur Heeresarbeit. Ein großer Teil der Unternehmer folgte diesem Beispiel. Für die wenigen, die zurückblieben, verfuhrte der Metallarbeiterverband gemeinsam mit dem Gehilfenauschuß bei der Vereinigung der Wiener Schlossermeister eine Leuerungszulage durchzusetzen, doch erklärten die Unternehmervertreter, daß sie jetzt keinen Einfluß auf ihre Mitglieder hätten. Die Wiener Schlosser sind nunmehr seit dem 1. März ohne Vertrag und müssen in den einzelnen Werkstätten verhandeln, die Löhne zu verbessern.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Verfassen und Instandhalten elektrischer Licht- und Kraftanlagen. Ein Leitfaden auch für Nicht-Techniker unter Mitwirkung von Gottlob Luz und Dr. E. Michalka verfaßt und herausgegeben von E. Fehr. v. Gaisberg. Siebente, umgearbeitete und erweiterte Auflage. Mit 55 Abbildungen im Text. Berlin, Verlag von Julius Springer, 1916. 132 Seiten. Preis gebunden 2,60 M. — Dieses Buch ist wertvoll für Anfänger in der Elektrotechnik und für Nicht-Fachleute. Es gibt eine gemeinverständliche Beschreibung der wesentlichen Teile elektrischer Licht- und Kraftanlagen und gibt die Regeln an, nach denen man sich bei Beschaffung und Instandhaltung der Anlagen am vorteilhaftesten richtet. Es handelt sich dabei jedoch nur um kleinere Anlagen; für größere verweist der Verfasser auf sachverständigen Rat. Auch für kleinere Anlagen empfiehlt er diesen, sobald etwas nur im geringsten zweifelhaft erscheint. Der Verfasser gibt im übrigen gute Ausführungen über das richtige Ablesen des Elektrizitätszählers usw. In der neuesten Auflage ist das Buch wieder auf die Höhe der Zeit gebracht worden, unter anderem durch Berücksichtigung der Fortschritte im Bau der Metallwählpumpen.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
Mittwoch, 2. Mai.
Söllten. Gewerkschaftshaus, halb 9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Altendurg. Alle Sendungen sind an A. Frölich, Almdorfstraße 4, zu richten.

Gestorben.

Ghemmitz. Willi Beugel, Schlosser, 23 Jahre, Lungenleiden.
— Karl Böhmig, Schlosser, 59 Jahre, Herzleiden.
— Einar Hermann Heibrich, Metallarbeiter, 31 Jahre.
— Max Hengst, Dreher, 31 Jahre, Lungenleiden.
— Hermann Hönsmuth, Schlosser, 56 Jahre, Infarkt, Herzschwäche.
— Franz Jaglich, Schlosser, 34 J., Lungenleiden.
— Johann Kallenberg, Klempner, 35 Jahre, Lungenleiden.
— G. August Kirch, Schmied, 72 Jahre, Magenkrebs.

Chemnitz.

Ernst Kirchner, Formner, 62 Jahre, Unglücksfall.
— Hermann Klose, Formner, 59 Jahre, Herz- und Nierenleiden.
— Otto Kramer, Dreher, 41 Jahre, Lungenentzündung.
— Franz Otto Ludwig, Kernmacher, 51 Jahre, Lungenleiden.
— Fritz Präger, Nabelmacher, 22 J., Lungenleiden.
— Friedrich Theodor Richter, Huber, 58 Jahre, Lungenentzündung.
— Karl Richter, Gohler, 72 Jahre, Magenleiden.
— Richard Rönig, Puhler, 49 Jahre, Lungenentzündung.
— Friedrich Anton Schmidt, Gontalbohner, 83 Jahre, Asthma.
— Hermann Sott, Metallarbeiter, 63 Jahre, Leistenbruch.
— Emil Wagner, Schmiedler, 65 J., Herzleiden.
— Fricke Wörig Weigel, Bohrer, 49 Jahre, Herzleiden.
Reipzig. Karl Hottel, Schlosser, 43 Jahre, Herzleiden.
Magdeburg. Hermann Wehahn, Wachsmodell, 38 J., Nierenleiden.
— Gustav Ley, Formner, 48 Jahre, Unglücksfall (79).
Köln. Friedrich Ernst (Eckstein), 83.
— Ernst Gando (84).
Saarbrücken. Julius Friedl, Kernmacher, 28 Jahre, Lungenleiden.

Zentralarbeitsnachweis für Gravure und Ziselerei
00 Berlin C. 54, Eimienstraße 83/85. 00

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötelfstraße 16 B.